

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus



rosa liste münchen

München, den 14.02.2008

ANTRAG

Heroinerprobungsprogramm

Der Oberbürgermeister der LH München wird gebeten, sich als Präsident des Deutschen Städtetages dafür einzusetzen, dass der Gesetzentwurf zur Regelung der Diamorphinbehandlung endlich im Bundestag verabschiedet wird. Dabei wird der OB gebeten insbesondere auf das Präsidium und den Gesundheitsausschuss des Deutschen Städtetages einzuwirken, sich bei der Bundesregierung für eine baldige Zulassung von Diamorphin als Medikament einzusetzen.

Begründung:

Seit die Regierungskoalition auf Bundesebene beschlossen hat, das Modellprojekt Heroinsubstitution auslaufen zu lassen und die finanzielle Förderung eingestellt hat, besteht in den Ländern und Städten, die an dem Modellprojekt teilgenommen haben, dringender Regelungsbedarf. Die noch im Programm verbliebenen Drogenabhängigen werden von den Städten, in der Hoffnung auf eine schnelle Zulassung von Diamorphin als Medikament weiterfinanziert. Doch diese Zulassung scheint in weite Ferne zu rücken, obwohl die wissenschaftlichen Studien gezeigt haben, dass durch die Behandlung von schwerstabhängigen Suchtkranken mit Diamorphin nicht nur deren Überleben gesichert, sondern vor allem auch ihre gesundheitliche und soziale Situation erheblich verbessert werden kann. Das dem Gesetzentwurf zugrunde liegende Konzept sieht die Diamorphinbehandlung als nachrangige Behandlungsform für Schwerstopiatabhängige vor, bei denen ernsthafte Behandlungsversuche mit herkömmlichen Substitutionsmitteln einschließlich psychosozialer Betreuung nicht zum Erfolg geführt haben.

Trotzdem weigert sich die Union aus ideologischen Gründen, diese wissenschaftlich fundierten Ergebnisse anzuerkennen. Mit dieser Verweigerungshaltung versucht die CDU/CSU erneut, ein Gesetz zu verhindern, das von den unionsregierten Bundesländern Hessen und Hamburg im Sommer 2007 in den Bundesrat eingebracht wurde.

Auch in München läuft die Finanzierung des Programms im Juni 2008 aus. Die schwerstabhängigen Suchtkranken benötigen dringend eine klare Regelung, die eine Verbesserung ihrer gesundheitlichen und sozialen Situation in den Vordergrund stellt.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/rosa liste

Initiative:

Lydia Dietrich, Stadträtin